

Pressemitteilung der UWG zum B2-Tunnel und Nord-Ost-Umfahrung

Die UWG begrüßt und unterstützt den Mehrheitsbeschluss des Stadtrates, keine weitere Vertiefung der "Studie zur Realisierung einer ortsnahen Umfahrungsstraße" in Auftrag zu geben. Bereits die zum jetzigen Zeitpunkt bekannten Fakten zu den beiden, im Rahmen des Verkehrsentwicklungsplanes von SHP vorgeschlagenen ortsnahen Trassen lassen erkennen, dass beide Varianten weder aus verkehrlicher, noch aus städtebaulicher Sicht akzeptabel erscheinen.

Auch den neuerlichen Antrag verschiedener Gruppierungen, mit den derzeit vorliegenden Erkenntnissen nun endlich die Meinung der Fachbehörden und möglicher Baulastträger einzuholen bzw. die Zusammenarbeit mit diesen wieder zu suchen, und Möglichkeiten und Zeithorizonte der verschiedenen Varianten zu klären, kann die UWG nur unterstützen.

Wir weisen jedoch darauf hin, dass die Stadt damit heute genau an dem Punkt gelandet ist, an dem wir bereits 2003, nach Durchführung der "runden Tische zu Verkehrslösungen in Starnberg" waren, als Stadtrat und Stadtverwaltung, unter Beteiligung der Bürgerschaft, zusammen mit Fachplanern, Fachbehörden und den möglichen Baulastträger die Umsetzung der drei Lösungsmöglichkeiten

- B2 Tunnel
- ortsferne Umfahrung
- ortsnahe Umfahrung

untersuchten.

Im Ergebnis stellte sich seinerzeit heraus, dass die ökologischen und rechtlichen Widerstände bei jeglicher Umfahrung im Norden der Stadt so groß wären, dass dafür keine Baulastträger zur Verfügung stünden. Infolge dessen beschloss der Stadtrat im November 2003 den Bund zu bitten, die Planung für den B2 Entlastungstunnel zügig fortzuführen.

Der einzige „Fortschritt“ der durch die Allianz aus Tunnelgegnern –seither erreicht wurde, ist die Rückstufung des Projektes "B2 Entlastungstunnel Starnberg" aus dem "vordringlichen", in den "weiteren Bedarf mit Planungsrecht". Die UWG sieht hierin einen klaren Rückschritt im Hinblick auf die Verkehrsentwicklung der Stadt Starnberg.

Es würde uns jedoch wundern, wenn heute die Stellungnahmen der Fachbehörden und der Baulastträger zu Gunsten einer Umfahrung und zu Ungunsten des planfestgestellten und rechts-sicheren B2 Tunnels ausfallen sollte.

Im Sinne der Zusammenführung der zerstrittenen Lager in Stadt und Stadtrat befürwortet die UWG jedoch eine nochmalige objektive Prüfung dieser weitgehend unveränderten Sachverhalte, um dem Stadtrat und der Stadt endlich wieder eine klare Haltung Pro B2-Tunnel zu ermöglichen.